



Panik in Rumänien

Die politische Lage nach dem mißglückten Putsch

Die unmittelbar unter Umgehung der rumänischen Zensur aus Bukarest eingehenden Meldungen weichen erheblich von den offiziellen Nachrichten ab, die sich bemühen, die Verhaftung einiger Verschwörer zu bagatellisieren und ihr vor allen Dingen jede politische Bedeutung zu nehmen. Persönlichkeiten, die die jüngste Entwicklung im Lande selbst beobachten konnten, sprechen von einer Panikstimmung in der Bevölkerung. Selbst die beunruhigenden Nachrichten, die z. B. die ungarische Presse über die Vorgänge der letzten Tage veröffentlichte und die ihr wie sämtlichen übrigen ausländischen Blättern die Beschlagnahme durch die rumänischen Behörden eintrug, werden von diesen Beobachtern als noch hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurückbleibend bezeichnet. Die Panik im Lande wird noch dadurch erhöht, daß die rumänischen Zeitungen überhaupt keine Nachrichten über die Verschwörung bringen dürfen, daß andererseits aber auch die „Eiserne Garde“, also die Bewegung, in deren Schoß die Attentatspläne geboren wurden, die Redaktionen der Blätter bedroht und die energigsten Maßnahmen ankündigt, falls auch nur ein Wort über ihre Pläne gebracht werden sollte. Die Zeitungen sind so zwischen Zensur und Revolution eingeklemmt, und die breiten Volksmassen, die keinerlei Orientierung erhalten, sind den wildesten Gerüchten zugänglich. Man spricht von Verhaftungen hervorragender Persönlichkeiten, führender Politiker, von Generälen und ehemaligen Ministern, und niemand weiß, was sich wirklich hinter dem undurchdringlichen Vorhang des offiziellen Schweigens zuträgt.

Soweit man aus einigermaßen zuverlässig erscheinenden Quellen ausländischer Beobachter ein Bild von den tatsächlichen Vorgängen und den mit dem beabsichtigten Attentat verfolgten Plänen gewinnen kann, stellt sich die Sachlage folgendermaßen dar: Die „Eiserne Garde“ ist eine Protestbewegung gegen das von politischem Ehrgeiz, Strebertum und Beutejagd erfüllte politische System, nach dem das Land regiert wird. Die oppositionelle Strömung wird verstärkt durch die traurige finanzielle und wirtschaftliche Lage Rumäniens. Handel und Wandel liegen vollkommen darnieder. Wer noch Geld hat — und es gibt nicht viele, die das von sich behaupten können — wagt es nicht, es einem Finanzinstitut anzuvertrauen, weil man die Banken alle für mehr oder weniger insolvent hält. Außerdem befürchtet man eine Devaluation des Leu, was zur Folge haben würde, daß man seine Spargelder entwertet zurückerhielte. Ermüdet durch ein vom Parlament jedoch durchberatenes Gesetz über den Schuldnerchutz, das die Gläubigerrechte fast aufhebt, wird offen die Parole ausgegeben: „Nicht zahlen“. Das wirkt natürlich fördernd und hemmend auf den wirtschaftlichen Kreislauf.

Zu diesen allgemeinen kritischen Zuständen des Landes kommt der wachsende Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Rumänien. In Bukarest empfindet man die Verbindung mit Siebenbürgen jetzt weder politisch noch wirtschaftlich als sehr vorteilhaft. Die Zeitungsartikel, die nach der letzten Parlamentsdiskussion zwischen Maniu und Titulescu das Lied der nationalen Einigkeit sangen, waren bestellte Arbeit der Zensurbehörde und entsprechen den tatsächlichen Verhältnissen nicht.

Zu alledem kommt, daß das Ansehen des Trägers der Krone, König Carol, durch seine Liebesaffäre mit Frau Lupe scu selbst in der Atmosphäre der Balkanmoral außerordentlich stark gelitten hat. Persönliche Empfindlichkeiten sind hinzugekommen. Oberst Bre cup, das Haupt der jetzt verhassten Verschwörerbande, gehörte zum engsten Freundeskreis des Königs und hat ihn seinerzeit nach Rumänien zurückgebracht. Er hat für die ihm geleisteten Dienste wohl eine besondere Förderung und Belohnung erwartet. Statt dessen haben er und andere Vertraute Carols mit ansehen müssen, daß die liberalen Politiker, einst die heftigsten Gegner der Rückkehr und Wiedereinsetzung des Königs, sich aus eigenmächtigen Motiven immer stärker an die Krone herandrängten und deren einstige Freunde ausschalteten.

Das alles hat den Putschplan reifen lassen. Oberst Bre cup scheint die Beseitigung des Königs Carol, auf jeden Fall aber seine Entfernung vom Thron, beabsichtigt zu haben. Sein Plan ging dahin, unter der nominellen Oberherrschaft des Wojwoden Michael oder des Prinzen Nicolaus eine Militärdiktatur zu errichten, den ganzen liberalen Küniglein auszufegen und ein auf Autorität im Sinne der Ziele der „Eisernen Garde“ gerichteten Regime aufzurichten.

Der beabsichtigte Gewaltstreik ist mißlungen. Ob damit allerdings auch die politischen Ziele der Verschwörer unterdrückt worden sind, ist fraglich. Man hat in Rumänien das Gefühl, daß man am Vorabend einer großen Umwälzung steht. Schon die nächsten Tage können Ereignisse bringen, die die politische Entwicklung des Landes in ein völlig neues Fahrwasser steuern. Allerdings ist es schwer, die Kräfte, die sich gegenüberstehen, in ihrem Verhältnis zueinander richtig abzuschätzen. Die Regierung scheint in ihrer Entschluß-

Tagespiegel.

Reichsaußenminister von Neurath sprach in Hamburg über Außen- und Handelspolitik und betonte die deutsch-lateinamerikanische Freundschaft.

Die Neutralen in Genf haben zur Abrüstung eine Denkschrift eingereicht, die eine Hilfsstellung für den Vordonnaldplan bedeutet.

Durch eine neue Botschaft des Reichsbischofs soll der kirchliche Frieden hergestellt und kirchenpolitische Verfahren eingestellt werden auf Grund eines Kirchengesetzes.

Stabschef Köhm sprach bei einem Aufmarsch der SA. und SS. in Hamburg über den Geist der drei Millionen Kämpfer.

Der Präsident der Saar-Regierung, Knog, hat sich in einem Schreiben an den Völkerrundrat über die Arbeit der „Deutschen Front“ beschwert.

Unter dem Druck der öffentlichen Weltmeinung hat die Wiener Regierung die Weltpresse ins Wöllersdorfer Konzentrationslager geführt, wo 270 Häftlinge, fast lauter Nationalsozialisten von 690 Heimatschützern bewacht werden. Die Häftlinge haben nicht die geringste Ahnung über die Ursachen ihrer Verhaftung.

traut getarnt zu sein. Politisch hat sie jedenfalls vorläufig aus dem Putschplan noch nicht reagiert, und wie sie und die Armee als Ganzes zur „Eisernen Garde“ steht, ist auch noch nicht einwandfrei zu erkennen. Aber das Barometer steht in Rumänien auf Sturm.

Frankreichs Garantieforderungen an England

England soll sich unbedingt binden

Paris, 14. April. Nach Blättermeldungen soll die französische Note über die Garantieforderungen zwischen dem 18. und 20. April, also kurz vor der Abreise Barthous nach Warschau, in London überreicht werden. Sie wird von dem sogenannten „Kleinen Abrüstungsaußenminister“ unter Leitung der beiden Staatsminister Herriot und Lardieu einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, bevor sie dem Ministerrat zur endgültigen Billigung unterbreitet wird. Man darf heute feststellen, daß die Garantieforderungen Frankreichs darauf hinauslaufen, England in einem Streitfall unbedingt an Frankreich zu binden. Nur unter dieser Voraussetzung will Frankreich sich auf die Unterzeichnung eines Abkommens einlassen, das aber wohlgerneht nur eine Abrüstungsbeschränkung vorsehen darf. Denn „weder die französische Regierung noch das Parlament noch die öffentliche Meinung Frankreichs werden sich jemals zur Ausarbeitung eines Abkommens bereit erklären, in dem die Aufrüstung Deutschlands durch eine Herabsetzung der französischen Verteidigungsmittel herbeigeführt würde. Wenn man diese Aufrüstung legalisieren will, dann bleibt nur der Ausweg: ein Abrüstungsbeschränkungsabkommen.“ Dieser vom „Petit Parisien“ in den Vordergrund gerückte Vorschlag dürfte auch richtiggehend sein für die Warschauer und Prager Reise Barthous, der dem „Devoir“ zufolge als Anhänger eines solchen Abkommens gilt. Die Garantien, die Frankreich zu fordern gedenkt, sollen genau umschrieben werden. Mit allgemeinen Vagabundierungen will man sich nicht begnügen. „Ganz bestimmte Verpflichtungen sind notwendig“, schreibt der „Petit Parisien“. „Nicht eine einfache Konsultation kommt in Frage, durch die die sofortige Zeit verstreichen würde, sondern eine sofortige automatische Anwendung von Sanktionen, die entsprechend der Schwere des durch die Kontrolle festgestellten Verstoßes zu bemessen sind. Diplomatische Sanktionen, finanzielle Sanktionen, wirtschaftliche Sanktionen und militärische Sanktionen, das ist die Staffelung der allgemeinen Garantien, die das Abkommen enthalten muß.“

Nach Ansicht des „Echo de Paris“ seien alle Unterscheidungen, die England zwischen Ausführungsgarantien und Sicherheitsgarantien mache, überflüssig. Frankreich müsse die Gewissheit haben, daß an dem Tage eines Angriffs die englische Armee an Frankreichs Seite trete. Da überdies die englische Armee durch zehnjährige Ideologien stark angegriffen sei, könne die nationale Verteidigung Frankreichs unmöglich abgebaut oder irgendwie bedingt werden. Von einer Beseitigung der Offensivwaffen, die der Angreifer, der den Ort und die Stunde des Angriffs wähle, auf jeden Fall besitzen werde, sei keine Rede. Man müsse sogar volle Freiheit haben, diese Angriffswaffen zu erhalten und zu verbessern. Die französische Regierung müsse ferner die Möglichkeit erhalten, nötigenfalls die Militärdienstzeit zu erhöhen, damit die Truppen, in deren Schutz die Mobilisierung vor sich zu gehen habe, verstärkt würden. Schließlich müsse das Abkommen ausdrücklich bestimmen, daß jeder Unterzeichner volle Handlungsfreiheit wieder erlange, wenn er — ganz abgesehen von einer internationalen Investigation — von sich aus feststelle, daß das gegebene Wort allgemein gehalten werde. Aber wesentlich sei vor allem, so betont das Blatt zum Schluß noch einmal,

das Versprechen, Hilfe zu leisten, das England über die „zweideutigen“ Versicherungen des Locarnoertrages hinaus geben müsse.

Neue Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage

London, 14. April. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ weiß zu berichten, daß der Abschluß einer Abrüstungsvereinbarung durch neue Hindernisse in der Gestalt großer rüstenfischer Rüstungsfordrungen bedroht sei. Die russische Regierung und ihre Presse neigten dazu, für Rußland Heeres- und Luftstreitkräfte zu beanspruchen, die in gar keinem Verhältnis zu denjenigen der europäischen Länder stehen würden. Diese Forderung werde nicht nur mit der sehr großen Bevölkerung und den ausgedehnten Gebieten der Sowjetunion begründet, sondern auch damit, daß Rußland zwei weit voneinander getrennte Fronten in Europa und im Fernen Osten beschützen müsse. Die polnische Regierung beabsichtige, wie der Mitarbeiter des Blattes weiter wissen will, dieser Auffassung der Russen entgegenzutreten.

Vorschläge der Neutralen

Rüstungsverminderung bei mäßiger Wiederaufrüstung der Entwaffneten

Genf, 15. April. Samstag mittag wurde in Genf eine Denkschrift veröffentlicht, die die gemeinsamen Vorschläge Schwedens, Norwegens, Spaniens, Dänemarks und der Schweiz zur Abrüstungsfrage enthält. Die holländische Regierung hat ihnen grundsätzlich zugestimmt, stellt aber fest, daß sie sich nicht jedes Wort der Denkschrift zu eigen mache. Die Denkschrift, die ihr Entfalten der Initiative Schwedens verdankt, geht von den britischen Abrüstungsvorschlägen aus. Sie steht demnach wie Großsiegelbewahrer Eden auf dem Standpunkt, daß es möglich sein müsse, durch eine Anpassung der englischen Vorschläge zu einem für alle annehmbaren Abkommen zu gelangen. Die Konferenz befinde sich heute vor der Notwendigkeit, sich mit der Tatsache einer Wiederaufrüstung abfinden zu müssen. Es sei die Aufgabe des Hauptausschusses, konkrete und endgültige Vorschläge zu machen. Trotzdem fühle man sich verpflichtet, schon jetzt die Aufmerksamkeit der Abrüstungskonferenz auf die wichtigsten Grundzüge zu richten, bei denen eine Abrüstung möglich erscheine.

Diese Grundzüge werden dann in vier Punkten entwickelt:

- 1. Man müsse sich vorläufig mit einem Abrüstungsabkommen begnügen, das nur bestimmte Gebiete der Rüstung umfasse. Jede Entscheidung, die die Aufrechterhaltung oder Abschaffung der Militärflottillen betraf, werde gleichfalls verschoben. Die englischen Vorschläge müßten durch das bedingungslose Verbot des Luftbombardements verstärkt werden.
- 2. In diesem Rahmen sei es wesentlich, wenigstens einige Maßnahmen für eine tatsächliche Abrüstung ins Auge zu fassen.
- 3. Das Abrüstungsabkommen müsse in bescheidenem Maße eine praktische Durchführung der Gleichberechtigung sichern.
- 4. Ein Abkommen dieser Art scheine nicht durchführbar zu sein ohne eine Verstärkung der Sicherheitsbürgschaften über das hierfür in der englischen Denkschrift vorgesehene Maß hinaus. Vor allem werde man tatsächliche und präzise Ausführungsbürgschaften für das Abkommen ausarbeiten müssen. In diesem Zusammenhang erklärt die Denkschrift die Rückkehr Deutschlands in den Völkerrund für einen Beitrag zur Frage der Sicherheit.

An diese Vorschläge knüpft die Denkschrift noch einige Bemerkungen über die Abrüstungskonferenz an. Die Konferenz befinde sich am Scheidewege, entweder eine beschränkte, aber tatsächliche Verminderung der Rüstungen gleichzeitig mit einer mäßigen Wiederaufrüstung gewisser Staaten zu dulden oder aber bei einer einfachen Verschlebung des Status quo mit einer sehr viel stärkeren Wiederaufrüstung rechnen zu müssen. Die Unterzeichner sprechen sich für die erstere Lösung aus. Zum Schluß stellt die Denkschrift fest, daß es auch außerordentlich schwer sein würde, einen Status quo festzusetzen. Nur wenige Staaten würden der zweiten Lösung ohne Vorbehalt zustimmen. Alle Regierungen sollten deshalb eine lebhafte Anstrengung versuchen, um zu einem Abrüstungsabkommen zu kommen.

Stabschef Köhm in Hamburg

Hamburg, 15. April. Am Samstag hatte Stabschef Köhm dem realierenden Bürgermeister im Rathaus einen Besuch ab, ebenso dem Reichsstadthalter. Von dort begaben sich die Teilnehmer nach dem Stadtpark zu dem Aufmarsch der SA. und SS. Dabei hielt der Stabschef eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Eines braucht ein Volk in dieser Zeit, eine Kraft, die unverwundbar ist, die unerschütterlich ist, unbesiegt und unbewundlich. Diese Kraft, SA-Männer, soll Ihr sein, die gleiche Kraft, welche die SA. befehlt hat in jenen zurückliegenden Jahren der Not und Schande, wo sie sich gegen alle Widerstände

und allen Gewalten zum Trost durchgesetzt hat, die gleiche SA., die die Macht im Staate erlangt hat, und die gleiche SA., die diese Macht erhalten und festigen soll, eine Kraft, blind erhaben dem Führer, auf die er sich in guten und schlimmen Tagen verlassen kann. Das Ihr die gleichen bleibt, das tut not, Euch auch nicht ändert, wenn die Zeiten ruhiger und besser werden, wenn der eine oder andere von Euch vorwärts kommt und bessere, höhere Stellungen einnimmt. Not ist, daß Ihr ebenso Kämpfer bleibt wie Ihr es gewesen seid. Ihr müßt auch die Garantien sein, daß die ganze große SA., die heute über drei Millionen Mann in ihren Reihen zählt, den gleichen Kampfergeist behält, der Euch zum Siege geführt hat. Ihr müßt das Volk überzeugen durch Euer Vorbild, durch die Tat, von dem, was Adolf Hitler will und was das deutsche Volk braucht. Wenn Ihr Manneszucht und Disziplin gehalten habt in all den schweren Jahren, so dankt ich Euch dafür und spreche Euch die Anerkennung aus, und ich weiß auch, daß neben dieser eisernen Disziplin der SA. eines uns groß gemacht hat und uns andere Stellung alle Zeit sichern wird, die Kameradschaft, die wir in unseren Reihen vom obersten Führer bis zum letzten Mann immerdar in unserer SA. gepflegt haben. Und ich fordere von allen Führern der SA. in allen Gliederungen, daß sie neben der schärfsten Manneszucht immer als Führer auch der beste Kamerad all ihrer Mitkämpfer sind. Das hat uns groß gemacht, das hat uns noch niemand nachgemacht und das wollen wir im neuen Staat und in der SA. hochhalten.

Im Innern wollen wir Sauberkeit und Ehre, und im Aeußeren wird ein Volk, das innerlich ehrlich und lauter ist, auch Freiheit, Ehre und Gerechtigkeit in der Welt bekommen. Und so sollt Ihr die Garantien sein dieses neuen Deutschlands Adolf Hitlers.

Lord Rothermere fordert Rückgabe der Kolonien an Deutschland

London, 14. April. Dem Londoner Berichterstatter des „Standard“ gewährte Lord Rothermere eine Unterredung, in der er sich über die Frage der Abrüstung, über das englisch-französische Verhältnis, die Rückgabe der Kolonien an Deutschland und über die Revision des Trianoner Friedensvertrages äußerte. Zur Abrüstungsfrage erklärte Rothermere, daß die gegenwärtigen Verhandlungen zu keinem Erfolg führen werden, da es heute kein einziges Land gebe, das ernsthaft an eine Abrüstung denke. Heute sei jeder Staat verständlicherweise bestrebt, seine eigene Sicherheit auszubauen. Ein Gleichgewichtszustand könne in Europa lediglich durch einen englisch-französischen Bund gesichert werden, der aber keinesfalls gegen Deutschland gerichtet sein dürfe. Auch Deutschland müßte diesen Bund begrüßen, da durch ihn die Sicherheit Frankreichs gewährleistet sei und Frankreich dann keine weiteren Argumente aufbringen könne, die gerechtfertigten Gleichberechtigungswünsche Deutschlands nicht anzuerkennen. Durch einen englisch-französischen Bund würde das gegenwärtig herrschende Gefühl der Furcht vor einer neuen Kriegskatastrophe verschwinden.

Zur Frage einer Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien betonte Rothermere, daß England sich bedingungslos auf den Standpunkt der Gerechtigkeit stellen müsse. Die Rückgabe der Kolonien an Deutschland würde die größte Ungerechtigkeit, die durch die Friedensverträge begangen wurde, wieder gut machen. Die Behauptung des Versailler Friedensvertrages, Deutschland sei nicht fähig, Kolonien zu verwalten, stelle eine völlige Unwahrheit dar. Der Umstand, daß man mit der Fortnahme der Kolonien Deutschland seiner wichtigsten Rohstoffquellen beraubte, sei eine der größten Ungerechtigkeiten. Dadurch habe man Deutschland auch die Möglichkeit genommen, seinen Volksüberschuß unterzubringen. Ein lebenskräftiges Volk wie das deutsche habe berechtigten Anspruch auf Freiheit und Raum, wo es seinen Heberfluß an Arbeitskraft und vor allem die Jugend unterbringen könne. Versichle man einem solchen Volk das natürliche Recht, so könnten daraus nur Spannungen entstehen, die früher oder später den Frieden gefährden müßten. Es würde nichts weiter als rein nüchterne Erwägungen erfordern, wenn England sich entschloße, die ihm zugesprochenen ehemaligen deutschen Kolonien, die für England sowieso keine Bedeutung hätten, und nur eine Belastung bedeuteten, an Deutschland zurückzugeben. Von welcher Seite immer man dieses Problem unterjuche, niemand könne das Recht Deutschlands auf Kolonien in Abrede stellen. Der heutige Zustand sei unhaltbar.

Amnestie der Reichskirche

Kirchengesetz zur Befriedung des kirchlichen Lebens
Berlin, 15. April. Das geistliche Ministerium der deutschen evangelischen Kirche hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:
Paragraf 1: Die Verordnung des Reichsbischofs betr. die Wiederherstellung geordneter Zustände in der deutschen evangelischen Kirche vom 4. Januar 1934 wird außer Kraft gesetzt.
Paragraf 2: Maßnahmen, die gegen kirchliche Amtsträger wegen ihres kirchenpolitischen Verhaltens eingeleitet sind, sind nicht durchzuführen. — Ausgenommen bleiben Verfahren mit staatspolitischem Einschlag. Ob ein solches Verfahren vorliegt, entscheidet das rechtskundige Mitglied des geistlichen Ministeriums.
Paragraf 3: Abgeschlossene Maßnahmen unterliegen der Nachprüfung des Reichsbischofs. Er bestimmt den Zeitpunkt der Nachprüfung und trifft die erforderlichen Durchführungsbestimmungen.
Paragraf 4: Die in Paragraf 4 der Verordnung des Reichsbischofs betreffend die Wiederherstellung geordneter Zustände in der deutschen evangelischen Kirche vom 4. Januar 1934 ausgeführten Gesetze, nämlich das Gesetz betreffend die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Beamten der Landeskirchen vom 16. November 1933 und das vorläufige Kirchengesetz betreffend die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Beamten der Landeskirchen vom 8. Dezember 1933 sowie das Kirchengesetz betreffend Beilegung kirchenpolitischer Streitfälle vom 8. Dezember 1933 bleiben mit Wirkung vom 4. Januar 1934 außer Kraft gesetzt.

Der Reichsbischof zum kirchlichen Frieden

Berlin, 15. April. Der Reichsbischof hat, wieder eine Botschaft zum kirchlichen Frieden erlassen:
Die wiederhergestellte Einheit im Volk und Staat verlangt nach geordneter Einheit im äußeren Leben der evangelischen Kirche. Bekenntnisstand und Glaubensgut unserer Kirche, die uns wichtigste Verantwortung sind, werden wir umso besser und treuer pflegen können, wenn organisatorisch in der Kirche Ordnung gehalten wird. Nachdem auf der Grundlage der Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche die Bahn zu weiter aufbauender Arbeit frei gemacht ist, soll unter Trennendes in der Vergangenheit ein Strich gezogen werden. Es werden daher die schwebenden Verfahren, die aus kirchenpolitischen Gründen anhängig gemacht worden sind, eingestellt werden mit Ausnahme jedoch derjenigen Verfahren, die staatspolitischen Einschlag haben. Es wird auch in eine Ueberprüfung abgeschlossener Verfahren eingetreten, sobald Ruhe und Frieden in der Kirche eingeleitet sind. Wer ungeachtet des hierdurch besetzten Willens zum Frieden dennoch in Aufhebung gegen die notwendige äußere Ordnung den Frieden stört, wird die volle Strafe des Gesetzes zu tragen haben. Ich erwarte von den Amtsbrüdern und Beamten der Kirche volle Einfühlung in die Gemeinschaft des Dienstes und ihre Vereinnahmung in berufsmäßiger Kameradschaft. Alle willigen Kräfte rufe ich zur Mitarbeit auf.

Knoz wendet sich an den Völkerbund

Genf, 15. April. In Genf wird ein Schreiben des Präsidenten der Saar-Regierung, Knoz, an den Völkerbundrat bekannt, das sich mit der Bildung der Deutschen Front im Saargebiet und der dadurch angeblich geschaffenen Lage befaßt.
Knoz erwähnt zunächst, daß ihm die Bildung der „Deutschen Front“ seinerzeit von ihren Führern angedient worden sei mit der Versicherung, daß man durchaus legal und diszipliniert vorgehen wolle. Trotzdem habe die „Deutsche Front“ den Propagandaselbstzug eröffnet. Die Abgeordneten der „Deutschen Front“ seien in alle Häuser gegangen und hätten Unterschriften gesammelt, „sich mit aller Kraft der Entwicklung der Deutschen Front zu widmen, deren Ziel es sei, alle Kreise der Bevölkerung des Saargebietes um sich zu fassen, um am gemeinsamen Werke teilzunehmen im Hinblick auf die Rückkehr der Saar zum Reich“. Diefelbe Propaganda hätte sich auch auf die Arbeiter in einzelnen großen industriellen Werken erstreckt. Ueberall seien Werbetreibros der „Deutschen Front“ errichtet worden. Was ganz bedenklich sei: eine große Anzahl von Beamten beteilige sich an diesem Werbedienst. Die Regierungskommission, schließt der Brief des Präsidenten Knoz, erkennt, daß es sich hier um ein mit der Abstimmung zusammenhängendes Problem handelt, das zum großen Teile ihre eigene Befugnis überschreitet. Aus diesem Grunde hält sie es für ihre Pflicht, die ernste Aufmerksamkeit des Völkerbundrates auf ein Mandat zu richten, das schon heute darauf gerichtet ist, die Freiheit, die Geheimhaltung und die Aufrichtigkeit eventueller Abstimmung zu kompromittieren.

100000 süddeutsche Handwerker in Stuttgart

Stuttgart, 15. April. Die unter der Schirmherrschaft des württ. Reichshandwerkers stehende große Kundgebung des süddeutschen Handwerks, der ersten ihrer Art in Deutschland, die am Sonntag im Hof der Rotenbühlkaserne stattfand, gestaltete sich zu einem Generalappell des süddeutschen Handwerks, wie ihn die Landeshauptstadt noch nicht erlebt hatte. Aus allen Teilen des Landes und aus Baden waren die Vertreter der Berufsstände mit Extrazügen hierher zusammengeströmt. Schon in den Vormittagsstunden marschierten die Abordnungen mit ihren Musikkapellen und Fahnen durch die festlich beflaggte Stadt zum Versammlungsort. Der weite Hof der Rotenbühlkaserne, im Glanze eines ungewöhnlich warmen Frühlingstages, war in großzügiger und geschmackvoller Weise geschmückt. Kurz nach 10 Uhr begann unter den Klängen des Badenweiser Marsches der Einmarsch von über 600 Fahnenkreuzfahnen und 40 Turnmusikkapellen. An der Spitze des großen Fahnenzuges schritt Reichshandwerkerführer Murr in Begleitung des Reichshandwerkersführers Schmidt zur Ehrentribüne.

Handwerkammerpräsident Dempel eröffnete die einzigartige Kundgebung des Handwerks mit einer Begrüßungsansprache, in der er mit Stolz feststellte, daß dieser Tag, da 100 000 süddeutsche Handwerker anmarschiert seien, ein Ehrentag des deutschen Handwerks sei. Der Platz der Rotenbühlkaserne habe sich als klein erwiesen, weshalb eine Paralelversammlung auf dem Marktplatz stattfinden mußte, an der über 25 000 Meister, Gesellen und Lehrlinge teilnahmen. Schließlich haben die württembergischen Metzger eine besondere Veranstaltung im Schlachthof, an der rund 10 000 Angehörige des Metzgerhandwerks teilnahmen. Er begrüßte die Handwerkammeraden und die Ehrenäste, ferner die Vertreter des badischen Handwerks, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels.

Anschließend ergriff Reichshandwerkerführer Murr das Wort zu einer Ansprache. Was die Kundgebung von denen vergangener Jahre grundtätlich unterscheidet, so führte der Reichshandwerkerführer u. a. aus, das sei die Tatsache, daß heute der Handwerker nicht mehr gezwungen sei, Kundgebungen im negativen Sinn zu veranstalten, um sich das Gehör der Regierung zu verschaffen. Diese Kundgebung habe einen positiven Charakter: sie wolle die Beteiligung und Mitarbeit des Handwerks am Aufbau des Reiches so eindrucksvoll wie möglich gestalten. Das Handwerk besitze eine stolze Tradition: Es habe Jahrhunderte gegeben, da das deutsche Handwerk dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben seinen Stempel aufgedrückt habe. Auch der Wettkampf zwischen Industrie und Handwerk, in den ein liberalistisch-marxistisches Zeitalter das Handwerk gezwungen habe, sei zugunsten des letzteren entschieden worden. Die Tatsache, daß der Wert der Persönlichkeit das Handwerk besonders auszeichne, habe es alle Krisen überleben lassen. So bide es heute wieder einen wertvollen Bestandteil des Volkes und es sei auch eine der ersten und wertvollsten Säulen der nationalsozialistischen Bewegung gewesen. Ohne den deutschen Handwerker, so bemerkte der Reichshandwerkerführer, lebten wir heute nicht in einem Staat, an dessen Spitze Adolf Hitler steht. Um des Wertes der Persönlichkeit willen, den die nationalsozialistische Regierung im Handwerkerstand erkennt, werde sie auch zu diesem Stand stehen und auf sein Wohlergehen und seinen neuen Aufschwung besorgt sein, denn nur aus der Wohlfahrt der einzelnen Berufsstände könne sich die Wohlfahrt des Volks aufbauen. Mit dem Ausdruck einer festen Zukunftshoffnung für eine neue Blüte des Handwerks und damit für eine neue Blüte der gesamten Nation schloß Reichshandwerkerführer Murr seine mit großem Beifall aufgenommene Ansprache.

Im Namen des Ehrenmeisters des deutschen Handwerks, des Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, begrüßte sodann der Reichshandwerkersführer Präsident Schmidt die Tausende süddeutscher Handwerker. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand der Gedanke des deutschen Sozialismus, der auch im Bereich des deutschen Handwerks seine Wirkkraft finden müsse. Adolf Hitler arbeite mit allen Mitteln daran, der neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung zum Durchbruch zu verhelfen. Erste Voraussetzung für den Erfolg in diesem Kampf sei nicht nur die Schaffung von Organisationen. Vielmehr komme es darauf an, daß jeder Einzelne innerlich mitgebe. Mit einem allgütigen Glaubensbekenntnis an das deutsche Handwerk und an das deutsche Volk schloß der Reichshandwerkersführer, dessen Ausführungen mit vielstündigem Beifall begrüßt wurden.

Im Auftrag des Reichswirtschaftsministers sprach als dritter Redner Ministerialrat Dr. Wienbeck. Als Sinn und Ursache die-

Hallo, Suse, die Konkurrenz

Ein fröhlicher Roman vom deutschen Rhein von H. P. Stolp
31. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Baderbed fuhr ergrimmt fort:
„Keine halbe Stunde behalte ich diese fürstliche Verwandtschaft hier noch auf meinem Hofe. Der Zweck ihres Kommens und ihrer an den Tag gelegten Beutlichkeit war, mich gehörig anzupumpen, wie mir dieser Kerl von einem Fürst in seinem Rausch eingestanden hat, wobei er mich einen verblödeten Trottel nannte, den man Schröpfen müßte!“

Der Fürst rutschte unruhig in der Pfütze hin und her.
„Lieber Baderbed...“, begann er gebrochen.

„Der Henker mag Ihr lieber Baderbed sein!“ brach Baderbed in blinder Wut los. „Kein Wort will ich mehr von Ihnen hören. Stehen Sie auf! Ich gebe Ihnen noch eine halbe Stunde Zeit, um mein Anwesen zu verlassen.“

Immer noch in der Pfütze sitzend, ließ der Fürst eine wüste Kanonade polnischer Schimpfworte los. Glücklicherweise verstanden die beiden Anwesenden kein Wort polnisch, sonst hätten sie einen Nervenschuß erlitten.

Der Fürst erhob sich schwankend und schimpfend und torkelte die Kellertreppe hinauf.

„Und was hast du nun angerichtet...?“ sagte Suse jetzt.
„Was machen wir bloß mit dem jungen Lüders, den du so ungeheuerlich beschuldigt hast?“

„Ich weiß nicht mehr, wo mir der Kopf steht!“ barmte Baderbed, und sie gingen zusammen hinaus.

Die Fürstin hatte noch ein tüchtiges Theater wegen Geld mit Baderbed gemacht. Schließlich gab ihr dieser fünfhundert Mark und alle atmeten erleichtert auf, als die fürstliche Verwandtschaft mit dem gestern reparierten Auto lang- und kluglos die Stätte ihres kurzen durchlauchtigsten Wirkens verließ.

Baderbed war von seinem Fürstentum grundtätlich geheilt.

„Du mußt sofort den Bürgermeister anrufen, Papa!“ sagte Suse, nachdem der fürstliche Glanz aus dem Baderbedschen Hause gewichen war. „Es ist kurz nach sieben Uhr und er wird schon auf sein. Sage ihm alles. Der junge Lüders muß sofort freigelassen werden!“

Baderbed, der sein sprupbeschmiertes Gesicht nur notdürftig hatte reinigen können, ächzte und stöhnte. Schließlich ging er an den Apparat.

„Baderbed hier“, sagte er mit klagender Stimme. „Herr Bürgermeister...?“

„Ah, Herr Baderbed! Ich, eben habe ich nach der Kreisstadt angerufen und den Herrn Untersuchungsrichter hergehoben. Das ist ja eine scheußliche Angelegenheit mit dem jungen Lüders da. Wir müssen heute mit den Beamten aus der Kreisstadt nach der Leiche des ermordeten Fürsten suchen. Zunächst wollen wir, denke ich, die Weinberge dicht an der Stadt darannehmen. Dort werden wohl die nächstliegenden Stellen sein, wo Lüders die Leiche Ihres unglücklichen Verwandten vergraben haben könnte. Denken Sie nicht auch...?“

„Herr Bürgermeister, der Fürst ist bereits aufgefunden worden“, antwortete Baderbed tonlos. „Es macht sich nunmehr unnötig, daß...“

„Wie...?“ kam die elektrifizierte Stimme des Bürgermeisters. „Bereits aufgefunden...? Wo lag die Leiche denn? Hatte ich recht: Weinberge...?“

„Rein, Herr Bürgermeister“, sagte Baderbed stoßend. „Es war keine Leiche. Der Fürst lebt!“

„Ah, er lebt noch! Ist er schwer verwundet...?“

„Er ist überhaupt nicht verwundet. Er befand sich über Nacht in meinem Probierkeller, wo wir ihn heute in der Frühe aufgefunden haben.“

„Was, er ist nicht tot...? Nicht einmal verwundet...? Aber Sie sagten doch, Lüders habe ihn ermordet!“

„Das war ein Irrtum!“ sagte Baderbed kläglich.

„Kreuzdonnerwetter!“ schrie der Bürgermeister erschrocken in die Mulde. „Jetzt haben Sie mir ja eine schöne Suppe eingebrockt! Wo nehme ich nun eine Leiche her, wenn der

Untersuchungsrichter mit seiner Kommission hier eintrifft, den ich bereits über den Fall eingehend informiert habe!“ Untersuchungsrichter noch benachrichtigen, daß sich die Sachaufklärung hat?“

„Sie gottverlassener Narr!“ donnerte der Bürgermeister. „Was soll ich ihm denn sagen, wie? Verehrter Herr Untersuchungsrichter, entschuldigen Sie bitte, aber die Leiche des Fürsten hat es vorgezogen, wieder zum Leben zu erwachen, wie? Hölle und Teufel!“

Der Bürgermeister knallte drüber den Hörer auf und ließ sich zunächst aufgeregt mit der Gendarmeriestation verbinden, um die Freilassung Robert Lüders zu bewirken. Dann rief er schweißgebadet die Kreisstadt an.

Baderbed sah völlig gebrochen zwischen Frau und Tochter.

„Und nun mußt du dich noch in aller Form bei dem jungen Lüders wegen deines unüberlegten Vorgehens entschuldigen, Papa!“ begann Suse aufgeregt.

„Ich kann es nicht, ich kann es nicht!“ stöhnte Baderbed mitkeiderregend. „Ich bringe es einfach nicht fertig. Vor lauter Scham würde ich in die Erde verinken.“

„Dann werde ich es für dich tun!“ sagte Suse entschlossen. „Ich werde gegen 10 Uhr zu dem jungen Lüders gehen. Bis dahin wird er wohl bestimmt wieder freigelassen sein.“

VII

Baptiste Lüders saß in grimmiger Laune am Frühstückstisch.

Nachdem sie das Frühstück hereingetragen hatte, blieb Hulda Mißlaß noch einen Augenblick stehen und musterte den kleinen, rundlichen Herrn triumphierend.

„Ich weiß es schon!“ sagte sie mit ihrer blechnen Stimme. „Dein sauberer Nefse hat den Baderbedschen Fürsten ermordet und nun sitzt er im Gendarmeriegefängnis!“

„Hinaus mit dir, Unglückssträhe!“ schrie Lüders aufgebracht. „Ich will diese gemeine Anschuldigung nicht mehr hören! Robert ist unschuldig!“

(Fortsetzung folgt).

Der ersten gewaltigen deutschen Handwerkerkundgebung begeht die Redner die Tatsache, daß endlich jenes langgestrebte Ziel erreicht sei: ein einziges Handwerk in einem einzigen Volk. Dr. Wienbeck berichtete ausführlich über alle jene gezielten Maßnahmen, die zum Schutze des deutschen Handwerks und darüber hinaus zum Schutze und zur Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft von der Reichsregierung getroffen worden seien. In seinem Schlusswort gab dann Handwerkskammerpräsident u. R. d. R. P. Kühner den Wortlaut eines Telegramms an den Führer bekannt, in dem der Reichskanzler des Dankes und der unerschütterlichen Treue der Handwerker versichert wird. Mit dem machtvollen Gesang der Nationalhymnen, der aus Tausenden von Kehlen über den sonnenbeschienenen Platz dröhnte, schloß die gewaltige Kundgebung.

Die „Kamera“ im Dienste des Volkes

Ihre kulturellen Aufgaben und Ziele aus dem Munde führender Persönlichkeiten

Reichsminister Dr. Göttsches:

Der Mensch unserer Tage will selber sehen und er kann verlangen, daß man ihm, den man mit Wort und Schrift jahrelang irreführte, schwarz auf weiß — d. h. im Foto — beweist, daß eine neue Zeit heraufgeht und wirklich alle Herzen gewonnen hat. Allen jenen, die die herzerhebenden Tage nicht selber miterleben durften, steht heute durch die Hochflut von Bildberühmungen der Ausbruch der Nation vor dem geistigen Auge. Das Erlebnis des Einzelnen ist zu einem Volksereignis geworden und das nur durch die Kamera. Ebenso unvergleichlich ist die Wirkung dieser Bilddokumente auf das stepfische Ausland. (Bei der Eröffnung der Ausstellung in Berlin am 4. November 1933.)

Reichsstatthalter Murr:

Wenn die Ausstellung eine Aufgabe haben soll, so diese, zu zeigen, daß eine Erfindung niemals gegen die Grundlagen des deutschen Wesens ausgenutzt werden darf, sondern immer im positiven Sinne im Dienste am Volk. Die Ausstellung hat die hohe Aufgabe, sich in den Dienst des deutschen Volkes zu stellen. Möge sie diese Aufgabe und dieses Ziel erreichen! (Bei der Eröffnung der Ausstellung in Stuttgart am 24. März 1934.)

Stellv. Gauleiter Schmidt:

Diese Ausstellung ist etwas ganz anderes als sonstige Ausstellungen. Sie ist der Beweis des Ausdrucks des neuen Deutschlands. Sie soll nicht nur wirtschaftlich sein, sondern sie soll der Einkehr dienen, daß die Menschen sehen, was im politischen Kampf für große Leistungen vollbracht wurden. Sie zeigt die deutsche Fähigkeit, die deutsche Heimat zu sehen und sie aufs Bild zu bringen. Die Partei sieht es als Pflicht an, daß jeder Volksgenosse diese Ausstellung besucht, die geschaffen wurde, um den großen Ideen Deutschlands zu dienen und daß alle Deutsche in dem Bekenntnis einig sind, Deutschland und nichts als Deutschland. (Bei der Eröffnung der Ausstellung in Stuttgart am 24. März 1933.)

Oberbürgermeister Dr. Strölin:

Die Ehrenhalle führt uns in den Ehrenraum für die toten Helden der nationalsozialistischen Bewegung. Diese Weisheit soll in ihrer schlichten Eindringlichkeit Erinnerungen und Dank in uns lebendig werden lassen für den Opfermut und die Hingabe der vielen deutschen Volksgenossen die mit einem letzten Heil auf den Führer Blut und Leben für Deutschlands Zukunft gelassen haben. Mögen wir immer uns daran erinnern, daß diese Treuesten im Geiste in unseren Reihen mitmarschieren und möge uns aus diesem Gedanken Kraft zufließen für die eigene Arbeit, die wir im Dienst am Volk zu leisten haben. Das ist der höchste Sinn der Ausstellung. (Bei der Eröffnung der Ausstellung in Stuttgart am 24. März 1934.)

Letzte Nachrichten

Trochki lebt in Frankreich

Paris, 15. April. Dem Douvre zufolge hat die französische Polizei durch einen Zufall festgestellt, daß sich der frühere Sowjetkommunist Trochki in einer Villa bei Barbizon in der Nähe von Fontainebleau aufhält, wo er mit seiner Frau und dreien seiner Anhänger, die ihm gleichzeitig als Leibgarde dienen, wohnt. Trochki hatte vor einiger Zeit die Erlaubnis erhalten, sich in Korsika aufzuhalten, scheint aber unbemerkt seinen Wohnsitz nach Innerfrankreich verlegt zu haben. Der Staatsanwalt hat beim französischen Innenministerium um Verhaftungsmassnahmen gebeten.

Eingliederung der Heimwehren in die Vaterländische Front

Wien, 15. April. Eine eingehende Aussprache zwischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und dem Bundesführer der Heimwehren Starbemberger hat die Grundlage für die Vereinigung und Verschmelzung aller vaterländischen Gruppen im Rahmen der Vaterländischen Front ersehen. Das wird auch in den nächsten Organisationsmassnahmen, die schon im Einzelnen festgelegt sind, zum Ausdruck kommen.

Dieses Kommuniqué bestätigt die schon längst erwartete Unterstellung der Heimwehren unter die Vaterländische Front Dr. Dollfuß'. Das aber bedeutet das Ende der Heimwehr als eines selbständigen Faktors. In Regierungskreisen wird dem Abkommen die größte Bedeutung beigemessen.

Kürzung der Beamtenbezüge und Senkung der Mieten in Italien

Rom, 15. April. Der italienische Ministerrat hat beschlossen, infolge der vermehrten Kaufkraft der Lira die Bezüge der Beamten, die 500 Lire (etwa 110 Mark) monatlich übersteigen, zu kürzen. Außerdem werden mit Wirkung ab 16. April die Mieten für Wohnungen um 12 v. H. für Geschäfte um 15 v. H. gesenkt, ferner die Preise in den Lebensmittelstellen der Staatlichen Konsumgesellschaften um 10 v. H. herabgesetzt. Die Jungarbeitersteuer wird ab 1. Juni durchschnittlich um 15 v. H. erhöht. Die Gebälter bis zu 1000 Lire werden um 6 v. H., bis 1500 Lire um 8 v. H. und bis zu 2000 Lire um 12 v. H. gekürzt. Auch die Familien- und anderen Zahlungen werden um 10 bis 50 v. H. vermindert.

Ein einheitlicher Reichswetterdienst

Berlin, 14. April. Durch die „Verordnung über den Reichswetterdienst“ vom 6. April 1934 ist bestimmt worden, daß die sämtlichen Aufgaben des Wetterdienstes zum Geschäftsbereich des Reichsministers der Luftfahrt gehören. Von dieser Regelung bleiben unberührt die Lehr- und Forschungsaufgaben der Hochschulinstitute. Der Reichsminister der Luftfahrt übernimmt die Betreuung der gesamten „angewandten Meteorologie“, die den Flug-, Wirtschafts-, See-, Höhen- und Klimawetterdienst

umfaßt. Von diesen Dienstzweigen wurde der Flugwetterdienst und der größte Teil des Höhenwetterdienstes bereits seit dem 1. April 1933 durch den Reichsminister der Luftfahrt wahrgenommen. Der Wirtschafts- und Klimawetterdienst, der bisher von den Länderregierungen zum Teil auch von Städten, betreut und von den einzelnen Länder- bzw. städtischen Instituten versehen wurde, obliegt durch die genannte Verordnung, nunmehr ebenfalls dem Reichsminister der Luftfahrt. Damit ist die Grundlage zu einem „einheitlichen Reichswetterdienst“ geschaffen. Neben der Vereinfachung der gesamten Verwaltungs- und Betriebsführung wird durch diese Organisation Doppelarbeit vermieden und damit gleichzeitig eine Verminderung der Kosten erzielt.

Friedensangebot des Imams von Jemen

Kairo, 14. April. Infolge eines telegraphischen Friedensangebots des Imams von Jemen an König Ibn Saud, in dem der Imam die Zurückziehung der Truppen aus dem Gebiet von Hedschra zuläßt, und Verhandlungen vorschlägt, ist vorläufiglich mit einer Einstellung der Feindseligkeiten zu rechnen. König Ibn Saud stimmte unter gewissen Bedingungen den Vorschlägen zu. Die Schiedsgerichtsabordnung unter Führung des Präsidenten des Islamischen Kongresses ist am Freitag zu Schiff von Suez nach Adhida abgereist. Die Einigungsverhandlungen werden in Mekka stattfinden.



Besetzung des Generalobersten von Einem

An der Besetzung des verstorbenen Heerführers des Weltkrieges, Generaloberst von Einem, nahm auch Generalfeldmarschall von Madenjan teil, der seinem alten Kameraden am Grabe den letzten Gruß überbrachte. Auch Prinz Oskar von Preußen als Vertreter des Kaisers und der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, nahmen an der Besetzung teil.

Felssturz bei Gronbana — 11 Tote

Mailand, 14. April. Zu dem kürzlich erfolgten schweren Felssturz in Gronbana werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Gronbana, das auf einem Hügel liegt, wird mit seinen wenigen Häusern von einer hochgelegenen, auf Felsplateau erbauten Schlossruine mit zwei um 1500 erbauten Türmen beherrscht. Zwischen diesen Türmen hat sich im Laufe der Jahrhunderte ein tiefer Felspalt gebildet. An dieser Stelle ist der Fels dann auseinandergebrochen. Die zusammenbrechenden Turmruinen stürzten zusammen mit ungeheuren Felsmassen in die Tiefe und begruben die unterliegenden Häuser unter sich. Die Zahl der Toten beträgt 11. Einige Verletzte befinden sich in bedenklichem Zustande noch im Hospital. Am Freitag sind weitere Steinmassen niedergegangen, die indes nennenswerten Schaden nicht mehr anrichteten. Die Behörden beabsichtigen, den noch überhängenden Teil des Felsens mit Dynamit zu sprengen. Über 200 Personen sind in Baracken untergebracht.

Erdbeben in Oberitalien

Mailand, 14. April. In der Gegend von Lamagnano hat am Freitag ein heftiger Erdbeben, der sich auf eine Länge von über 2 Kilometer erstreckte, den Einsturz von neun Häusern herbeigeführt. Zwölf Familien sind dadurch obdachlos geworden. Der Sachschaden ist bedeutend.

Fünfte Partie im Kampf um die Schwertmeisterschaft

Billingen, 14. April. Am Freitag wurde hier die fünfte Partie im Kampf um die Schwertmeisterschaft gespielt. Dr. Aljchin als Nachziehender hatte sich überraschenderweise nochmals dazu herbeigelassen, das Damengambit, das Bogoljubow anbot anzunehmen. Der deutsche Meister wollte allen Verwicklungen aus dem Wege gehen, und es kam daher recht frühzeitig zum Damentausch. Er steuerte also zeitig einem Endspiel zu, in dem er dank der freien Bewegungsmöglichkeit seiner Figuren die besseren Aussichten hatte. Aljchin verschaffte sich gutes Endspiel und kam in den Besitz einiger freier Linien. Das Endspiel ist sehr schwer zu beurteilen. Man vermutet, daß es unentschieden enden wird.

Gläubigerkonferenz Ende April

Berlin, 15. April. Die Reichsbank teilt mit: Die im Januar für April in Aussicht genommene Konferenz der Vertreter der Hauptgläubigerländer mit der Reichsbank findet am 27. April nachmittags 3 Uhr in dem Gebäude der Reichsbank statt.

Sobales

Wildbad, 16. April 1934.

Silberne Hochzeit. Die Eheleute Karl Hill, Zimmermann, und Frau Pauline geb. Schmid, begehen morgen das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Wir gratulieren!

Unfall. Ein von Calmbach kommender Lastwagen der am Sonntag gegen 12 Uhr mit 23 Personen zu einem Fußballwettkampf nach Freudenstadt fahren wollte, nahm mit übermäßiger Geschwindigkeit die Kurve bei der Reichspost-Garage, worauf der Wagen sich nach links leante und umkippte. Der Unfall ist noch gut abgelaufen, umso mehr, als keines der Mitfahrenden außer leichteren Schürfwunden und Kleiderbeschädigungen nennenswerten Schaden nahm. Der stark beschädigte Wagen konnte seine Fahrt nicht fortsetzen.

Waldbrand. Gestern nachmittag gegen 1/2 2 Uhr wurde vom Tal aus auf der Höhe des Eiberg, nahe der Wetterfahne, eine Rauchfahne beobachtet. Dem raschen Eingreifen von Forstpersonal gelang es, einen im Entstehen begriffenen Waldbrand, der leicht größeren Umfang hätte annehmen können, in kurzer Zeit wieder einzudämmen. Der entstandene Schaden ist, wie wir erfahren, unbedeutend und die Entstehungsurache unbekannt.

Schulleiern zum Geburtstag des Führers. Der württ. Kultusminister Bergenthaler veröffentlicht zur Feier des Geburtstages des Führers folgenden Erlaß für die Schulen: Am Donnerstag, 20. April dieses Jahres, vormittags 11 Uhr, ist in sämtlichen Schulen in gemeinsamer Schulleier in schlichter Weise des Geburtstages des Führers zu gedenken. Der Nachmittag steht der Hitler-Jugend zur Verfügung.

Kolonialfeier in den Schulen. Am 24. April d. J. vollenden sich 50 Jahre, seitdem die ersten kolonialen Erwerbungen in Südwestafrika unter dem Schutz des Deutschen Reiches gestellt wurden. Der württ. Kultusminister hat deshalb angeordnet, daß an diesem Tage in allen Schulen in einer gemeinsamen Feier des Erwerbs der Kolonien zu gedenken ist.

Württemberg

Vorläufige Uebersicht

zum Reichsjugendwettkampf in Württemberg

Stuttgart, 14. April. Die Reichsjugendwettkämpfe stehen nun auch in Württemberg vor dem Abschluß. Aus diesem Anlaß gab am Samstag der Berufsschulungsreferent Simon Winter einen ersten Uebersicht über das vorläufige Ergebnis der Reichsjugendwettkämpfe im Gebiet Württemberg, das nach seiner Ideolen wie nach seiner materiellen Seite als vorzüglich bezeichnet werden muß. Nach vorläufiger Schätzung haben, so berichtete Simon Winter, im Gebiet Württemberg etwa 35 000 jugendliche Handwerker, Arbeiter und Angestellte an dem großen Wettkampf teilgenommen. Im einzelnen konnten die Referenten für die verschiedenen Berufsgruppen über ihre Erfahrungen und über die Ergebnisse innerhalb der einzelnen Gruppen berichten. Darunter hatten sich in der Jahrgangsstufe Textil in Württemberg schätzungsweise 5000 Jugendliche, darunter etwa 4500 Mädchen, in Groß-Stuttgart 612 Jungen und 108 Mädchen beteiligt. Im allgemeinen wurden sowohl die praktischen wie auch die theoretischen Aufgaben zu voller Zufriedenheit gelöst. Im Waugewerbe waren in Württemberg 650 Teilnehmer, d. h. 90 Prozent aller Baulehrlinge, zu verzeichnen. 60 Prozent aller Arbeiter lagen über dem Durchschnitt. Nur im Eisenerzgewerbe, dessen Nachwuchs einen zunehmenden Schwund aufweist, war die Beteiligung dementsprechend gering. In der Gruppe Eisen und Metall konnten in Württemberg 7—8000 Teilnehmer, darunter etwa 1000 weibliche, gezählt werden. In Stuttgart nahmen 2500 männliche Jugendliche und einige Hundert Hilfsarbeiterinnen an den Prüfungen teil. In der Berufsgruppe Fabrikarbeiter betrug die Beteiligung in Württemberg 90 Prozent. Die gestellten Aufgaben waren rein theoretischer Art und die Ergebnisse über Erwarten aus. In der Gruppe Holz waren in Württemberg 888 Teilnehmer (80—85 Prozent), zu verzeichnen. Neben sehr guten Arbeiten, ja sogar Spitzenleistungen, sah man in dieser Gruppe auch schlechte Arbeiten, die auf das Vorwiegen der Maschinenarbeit und auf die Unkenntnis rein handwerklicher Handhabung zurückzuführen waren. In der Gruppe Nährstand war die Gewinnung der Teilnehmer insofern schwierig, als die Termine etwas überfüllt waren. In der Jahrgangsstufe Forstwirtschaft lagen nur 6 Meldungen vor. Die Gruppe archaisches Gewerbe verzeichnet eine Beteiligung von 450 in Stuttgart gleich 35 Prozent, in Württemberg 1500; das Rohranneinzelgewerbe in Württemberg 97—98 Prozent, in Stuttgart 65 Prozent. Die Arbeiten waren durchweg sehr gut.

Hitlerjugend und Konfession

Stuttgart, 14. April. Der Gebietsführer der württ. Hitlerjugend gibt bekannt: In Wiederholung einer leistungserfordernden gibt Gebietsführer Wacha als Landesbeauftragter des Jugendführers des Deutschen Reiches für Württemberg und Hohenzollern aus Anlaß der großen Uebertritte organisierter katholischer Jugendlichen in die Hitlerjugend nachstehend bekannt: Bei Veranstaltungen, die sich über den ganzen Sonntag, Samstag-Sonntag oder mehrere Tage erstrecken, sind die Führer und Führerinnen der HJ, BDM, DJ, verpflichtet, solchen Jungen und Mädchen, die an einem Gottesdienst ihrer Konfession teilnehmen wünschen, diese Teilnahme durch eine Verlaubung vom HJ-Dienst für die Zeit dieses Gottesdienstes zu ermöglichen.

Uniformverbot für Hitlerjugend in den Schulen

Stuttgart, 14. April. Da sich in letzter Zeit verschiedene Mißstände beim Tragen der Uniformen in den Schulen herausgestellt haben, hat die Reichsjugendführung das Tragen der Dienstkleidung der HJ, BDM und JM in der Schule verboten. Es ist lediglich das Tragen des Brautkleides ohne Rangabzeichen gestattet (beim BDM die entsprechende Tracht), auf keinen Fall darf das Fahrtenmesser in die Schule mitgebracht werden.

Aufruf des Stuttgarter Oberbürgermeisters

Stuttgart, 14. April. Der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart hat folgenden dringenden Aufruf erlassen: Arbeitslose Volksgenossen! Die Landwirtschaft ist in Not. Sie braucht dringend Arbeitskräfte. Die Städter müssen daher dem Landwirt helfen. Ich fordere die zurzeit noch arbeitslosen, aber arbeitsfähigen ledigen Männer und Frauen der Stadt auf, sich bis zum 21. ds. Mts. freiwillig zur Landhilfe beim Arbeitsamt Stuttgart zu melden. Diese Aufforderung richtet sich auch an die nicht unterstützten Arbeitslosen. Im Interesse der Landwirtschaft wird die Stadtverwaltung auch ihnen die Säge der Stuttgarter Landhilfe gewähren. Die Stadt erwartet, daß jeder Landbesitzer voll seine Schuldigkeit tut. Wer sich diesem dringenden Aufruf ohne zwingenden Grund entzieht, stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft. Er hat alle sich daraus ergebenden Folgen zu tragen.

Stuttgart, 14. April. (Neuer Sonderzug „Kraft durch Freude“.) Für die Zeit vom 29. April bis 6.

Was 1934 veranstaltet die KSO. „Kraft durch Freude“ wiederum eine Ferienfahrt. Diesmal geht die Reise von Stuttgart in den württembergischen Schwarzwald und zwar in die Gegend von Freudenstadt, Nagold, Alpirsbach, Der Sonderzug, der am Samstag, den 28. April nachmittags startet, wird 1000 Personen fassen. Im Gegenzug zu den ersten Sonderzügen ist auch die Teilnahme von weiblichen Personen zulässig. Die Kosten für die gesamte Fahrt, Verpflegung und Unterkunft, alles in erstklassiger Qualität, betragen insgesamt 22 bis 23 RM.

Die erste Entmannung. Auf Grund des „Gesetzes gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln zur Sicherung und Besserung“ wurde im Karl-Olga-Krankenhaus in Gegenwart des Gerichtsarztes die Entmannung an einem gewohnheitsmäßigen und gefährlichen Sittlichkeitsverbrecher vollzogen. Die Vollstreckung weiterer Verurteilungen steht bevor.

Jellbach, 14. April. (Z u j a m m e n s t o ß.) Samstag morgen stieg an einem Uebergang beim Bahnhof Jellbach ein Lastauto auf eine Leermaschine auf. Das Lastauto geriet in Brand; der Führer des Lastautos wurde leicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt.

Schwaigern, Orl. Bradenheim, 15. April. (Z e l d b e r e i n i g u n g.) Bei der Abstimmungstagsfahrt wurde die große Feldbereinigung an der Stettenerstraße mit einem Flächeninhalt von etwa 160 Hektar mit überwiegender Mehrheit angenommen. Von über 500 beteiligten Grundstücksbesitzern haben nur 33 dagegen gestimmt.

Dunningen, 15. April. (F ä h e r T o d.) Oberlandjäger a. D. Ulrich Hätterich fiel von einem Ausgang heimkehrend, tot von einem Stuhl. Ein Herzschlag hatte dem Leben des erst 53jährigen, seit Februar ds. Js. pensionierten Landjägerbeamten ein Ziel gesetzt.

Schramberg, 15. April. (B r a n d.) Am Samstag morgen brach in Kesselhaus des Sägewerks M. Flaig am Bahnhof Feuer aus, das zum Glück während seines Entstehens von Bahnpersonal bemerkt wurde. Die rasch alarmierte Weckerlinie konnte das Feuer lokalisieren. Die größte Gefahr bestand darin, daß der unter Druck stehende Kessel explodieren konnte. Dem unvorsichtigen Vorgehen der Weckerlinie sowie des Bestizers ist es zu danken, daß auch diese Gefahr beseitigt wurde. Der Schaden ist beträchtlich.

Heidenheim, 14. April. (H e i d e n h e i m b a u t 50 W o h n u n g e n.) Der Gemeinderat beschloß am Donnerstag die Schaffung von 50 neuen Wohnungen und zwar von 10 Wohnhäusern in der Volkshilfedeiung, von 29 neuen Handfiedlungsstellen aus Mitteln, die im vergangenen Jahr von anderen Städten nicht verwendet und von 20 Mietwohnungen durch die Gemeinnützige Baugesellschaft, der für diesen Zweck ein neues Bauplanangebot abgetreten wurde. Durch diese neuen Wohnungsbauprojekte wird der Heidenheimer Arbeitsmarkt im laufenden Jahr durch eine Bau- summe von rund 250 000 RM. befruchtet werden.

Baden

Karlsruhe, 15. April. (A r m e e m u s e u m.) Wie bereits berichtet, ist das Innere im nördl. a. Marstallgebäude fertig zur Aufnahme des badischen Armeemuseums, so daß die planmäßige Eröffnung am 12. und 13. Mai sicher- gestellt ist. Die Leitung des Museums, der Kreisleiter Borch, sowie Verkehrsdirektor Laher-Karlsruhe haben ein Programm aufgestellt, das vom badischen Reichskatholik genehmigt worden ist.

Karlsruhe, 14. April. (S c h w a r z w ä l d e r R i e s e n - t a n n e a l s M a i b a u m.) Das Reichspropagandaministerium hat dem Grenzland Baden den Auftrag erteilt, für die Riesenfundgebung am Tag der Nationalen Arbeit in Berlin einen Maibaum zu liefern. Es soll aus den Beständen der Tannenröfen, wie wir sie in unserem Schwarzwald besitzen, ein besonders schöner Baum geschlagen, nach Berlin transportiert und dort durch eine Abordnung in feierlicher Weise übergeben werden.

Karlsruhe, 14. April. (B a u d e n k m ä l e r w e r d e n i n f a n d g e s e t z t.) Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms wird außer dem Schloßplatz und den ihn einrahmenden Gebäulichkeiten auch die evangelische Stadtkirche auf dem Adolf-Hitler-Platz vollständig erneuert werden. Die von Friedrich Weinbrenner in den Jahren 1807—1816 im klassizistischen Baustil geschaffene Kirche erhält nach der Innenrenovation im Jahre 1929 auch äußerlich einen Neuverputz, der sich in der Farbgebung an die angrenzenden, erst im vergangenen Sommer renovierten Gebäude an- gleichert.

Forstheim, 14. April. (G r o ß e S t r a f f a m m e r.) Wegen Betrugs, schwerer Urkundenfälschung und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung wurde der Bautechniker Karl Beer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sein Buchhalter Reich erhielt wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug und Abgabe der falschen eidesstattlichen Versicherung 4 Monate Gefängnis.

Bruchsal, 14. April. Die vor der Einfahrt in den Bahnhof Bruchsal befindliche Eisenbahnbrücke wurde Freitag nacht durch teilweise gestörte, daß ein auf einem Güterzug befindlicher Kran sich während der Fahrt gelöst hatte, hin und her pendelte und bei der Durchfahrt durch die Brücke Teile derselben mitriß. Die Gewalt der Zerstörung war derart, daß die die Brücke tragenden Betonflügel aus dem Boden gerissen und große Teile der Brücke selbst über das Gleis geschleudert wurden. Die Nord- einfahrt von Heidelberg her in den Bahnhof Bruchsal ist gesperrt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Vörrach, 14. April. (V o r s i c h t b e i V e r l e t z u n g e n.) An den Folgen einer an sich belanglos scheinenden Ver- letzung verstarb hier der 51 Jahre alte Bierführer Jakob Weiler. Er hatte sich bei der Arbeit durch eine Flasche eine Verletzung an der Hand zugezogen, die sich derart verschim- merte, daß innerhalb einer Woche der Tod eintrat.

Unghurst, 14. April. (W o m K i r c h e n d a c h g e s t ü r z t.) Am Donnerstag ereignete sich hier ein tödlicher Unfall. Der 45 Jahre alte Mesner Joseph Zuber 3, der die Kirchenguhr aufzog, fiel vom Kirchengdach und wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Schopfheim, 14. April. (N e u e J u g e n d h e r b e r g e n.) In Schönau i. N. wird eine Albert Leo Schlageter-Jugend- herberge errichtet. In der Südwestecke sollen noch drei wei- tere Jugendherbergen eingerichtet werden, und zwar in Rheinfelden, in Weil a. Rh. und in Vörrach, wo das Stet- tener Schloßchen in eine Jugendherberge umgewandelt wer- den soll.

Schwenningen, A. Meßkirch, 14. April. (Z u j a m m e n - s t o ß.) Nachts kollidierte der Motorradfahrer Meßchenmo- ser aus Reidingen mit Straßenwart Deß aus Heinstetten, der sein Fahrrad schob. Deß brach ein Bein; Meßchenmo- ser und sein Beifahrer wurden auf die Straße geschleudert und erlitten erhebliche Abschürfungen.

Oberstweier, A. Ueberlingen, 14. April. (U n g l ü c k - s a l l.) Einige junge Burschen wollten den feierlichen Ein- druck einer Hochzeit durch Böllerschüsse erhöhen. Als der Landhelfer Klett nach einem verschagenden Böller sehen wollte, krachte der Schuß. Klett wurde erheblich verletzt in das Krankenhaus nach Markdorf gebracht.

Vom Kaiserstuhl, 14. April. (B a u m b l ü t e.) Der Kai- serstuhl los durch seine Blütenpracht. Noch wenige Tage und alles steht in voller Blüte und erfreut den Landmann wie die Städte. Ein Sonntagsausflug und Wanderungen am Kaiserstuhl sind gerade jetzt am lohnendsten und dürfte jedem reichsten Genuß bringen.

Altheim (Heßen), 14. April. (S c h r e c k l i c h e s U n - g l ü c k.) Ein älterer Mann von hier war mit dem Fahren eines Pflugs beschäftigt, wobei ihn das 15jährige En- kelkind begleitete. Das Fuhrwerk schlug um und begrub Großvater und Kind unter sich. Letzteres war sofort tot, der alte Mann starb nach kurzer Zeit.

Aus dem Gerichtssaal

Fußball im Gerichtssaal

Karlsruhe, 14. April. Vor der Strafabteilung des Amts- gerichts hatte sich der 24jährige Kürzner Eugen Gorenflo aus Friedrichshafen wegen gefährlicher Körperverletzung zu verant- worten. Es wird ihm zur Last gelegt, am 10. Dezember bei einem Verbandsspiel Friedrichstal — Blantenloch dem Mittel- stürmer der letzteren, dem 26 Jahre alten Zimmermann Otto Müller aus Blantenloch, absichtlich einen Tritt gegen das Schien- Bein versetzt zu haben, durch den dieser einen komplizierten Schenkelbruch davontrug, dessen Folgen heute noch nicht beseitigt sind. In der Verhandlung marschierte über ein Dutzend Zeugen — Spieler beider Vereine, der Schiedsrichter sowie als Sach- verständiger der frühere Internationale Professor Wegele vom FC. Phönix Karlsruhe und ein Zuschauer — auf. Die Beweis- aufnahme ergab kein klares Bild vom Sachverhalt. Fast alle Zeugen hatten den Vorgang in anderer Form gesehen. Trotzdem gelangte das Gericht zur Überzeugung, daß Gorenflo dem Zim- mermann die Verletzung absichtlich beigebracht hat und ver- urteilte den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zu 80 RM. Geldstrafe, wobei als mildernder Umstand die Tat- sache anerkannt wurde, daß bei Verhandsspielen auf dem Lande leidenschaftlich hart gespielt wird. Das Verhalten des Angeklag- ten wurde als roh und unsportlich gekennzeichnet.

Der Waltershäuser Mordprozess

Vernehmung des Barons von Waltershausen

Schweinfurt, 15. April. Am 9. Verhandlungstag wurde der Schießsportverständige Dr. Deß gefragt: Wären Sie bei Ihrem Gutachten, daß aus der überänderten Pistole die Tatortpatronen und Hülsen mit absoluter Sicherheit verschossen worden sind? Der Sachverständige antwortet mit „Ja“. Der Vorsitzende wandte sich dann an Viebia: Sie haben nun gehört, das Gutachten ist sehr gravierend. Was sagen Sie dazu? Viebia: Ich kann mir die Sache nicht erklären. Ich habe auch schon darüber nachge- dacht. Kann das nicht etwa Zufall sein? Vorsitzender: Haben Sie die Pistole nachts bei sich gehabt? Konnte es nicht etwa sein, daß sie heimlich gestohlen und Ihnen dann wieder zuge- stellt wurde? Viebia: Ja, mir ist die Sache komisch. Ich habe am Abend die Pistole noch ausgezogen und geölt und stand am anderen Abend an der Schußblase, als sie der Wadmeister her- ausnahm. Auch am anderen Morgen war sie ausgezogen, und meine Tür war verschlossen.

Hierauf wurde unter großer Spannung in die Vernehmung des Zeugen Wolfgangs Freiberrn von Waltershausen eingetre- ten. Er hat studiert in Karlsruhe und Clausthal, mußte in der Inflation sein Studium aufgeben, trat in die kaufmännische Lehre in Wetzlar und kam zurück nach Waltershausen, wo er eine Zeitlang die Kalkbrennereien und Steinbrüche leitete. 1925 kam er nach Berlin und war dort in verschiedenen Stellungen. 1930 hat er sich mit einer abgeworbenen Freira von Below in Weimar verlobt. Dann sei er in die NSDAP eingetreten, sei Mitglied der SA in Stuttgart geworden und später auch Mitglied der SS. Nach seiner Rückkehr nach Waltershausen sei er im Arbeits- dienst eingestellt worden, bei dem er noch heute sei. Er werde aber am 1. Juli ausscheiden und beabsichtige, sich der Verkeh- rungsbranche zu widmen. Der Zeuge schloßerte dann seine Ver- etachtungen in Waltershausen, als er durch ein Telegramm noch

der Nordtal dorthin gerufen wurde und sich bekannt, genau so wie es bisher Frau Werther getan hat, an welchen besonderen Merkmalen sie den Täter Viebig erkannt haben will. Er führt an, daß sie ihn am Gesicht, an seiner Figur und an seinem typi- schen und auffallenden schnellen Schritt erkannt habe.

Das Urteil im Hippel-Prozess

Königsberg, 12. April. Das Gericht verkündete am Donners- tagabend folgendes Urteil: Der Angeklagte, der ehemalige Land- schaftsdirektor Hippel, wird wegen fortgesetzten Betruges und einfachen Betruges in je einem Teile und fortgesetzter Un- treue zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis, 5000 RM. Geldstrafe im Falle der Pensions Kürzung, 4000 RM. in der An- gelegenheit der Ladau und 1000 RM. in der Angelegenheit der Reisekosten-Einschuldigungen verurteilt. Gleichseitig wird ihm die Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende unter anderem aus: Der Angeklagte stand in Ostpreußen auf höchster Stelle, aber er hat nicht gehandelt im Sinne eines Führertums, das entschlossen ist, vorzuleben, was es von anderen Volksgenossen verlangt. Gründe für die An- wendung der Amnestie-Erlasse liegen nicht vor, da der Ange- klagte aus egoistischen Motiven handelte.

Das Urteil im Hoheulohe-Bankprozess

Seißbrunn, 15. April. Vor der Großen Strafkammer wurde das Urteil in dem Prozess der Filiale Ködmühl der Hohenloher Bank AG. gesprochen. Der Angeklagte Lieb wurde zu der Ge- fängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten und zu der Geldstrafe von 250 RM. verurteilt. Der Angeklagte Trumpf wurde freige- sprochen. In der Begründung wurde betont, daß Lieb mindestens 15 500 RM. veruntreut hat, wovon er 13 600 RM. für sich ver- wendet, 1500 RM. dem Trumpf gegeben und 370 RM. unter die Lebkümm verteilt hat.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Samuel Injull ausgeliefert. Der amerikanische Großbes- trüger Samuel Injull wurde an Bord des Dampfers „Eri- sona“ gebracht, der ihn zur Aburteilung nach Amerika bring- en wird. Sofort nach seiner Ankunft auf dem Dampfer las ihm der amerikanische Bizekonsul in Smyrna, Berry, den von Präsident Roosevelt unterzeichneten Haftbefehl vor. Samuel Injull wird während der Ueberfahrt Tag und Nacht streng bewacht.

300 Familien durch Ueberflutung obdachlos gewor- den. In dem Dorf Palacios (Provinz Zamora) brach in- folge großer Ueberflutungen ein Staudamm. Das Wasser überflutete das Dorf. Die Einwohner, 300 Fam- ilien, sind ohne Obdach.

Ein Schweizer Arbeiter erbt drei Millionen Dollar. Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, hat ein in Luzern wohnender 40 Jahre alter Tessiner Arbeiter aus Amerika die Nachricht erhalten, daß ihm seine verstorbenen Tante ein Vermögen von 3 Millionen Dollar, das sich über 9 Mil- lionen Schweizer Franken, hinterlassen habe. Der Arbeiter lebte in dürftigen Verhältnissen und hat Frau und zwei Kinder.

Eröffnung des Deutschen Reichsbauernrats. Reichsbau- ernführer Darre hat zum 14. April 1934 den Deutschen Reichsbauernrat zu seiner ersten Sitzung in Berlin einbe- rufen. Nach einer grundsätzlichen Rede des Reichsbauern- führers über die Aufgaben des Reichsbauernrates fand die feierliche Verpflichtung der Mitglieder auf den Führer Adolf Hitler statt.

17facher Mörder gefangen. Der berüchtigte Wüstenräuber Abu Siddeh, der 17 Morde auf dem Gewissen hat, wurde nach monatelanger Jagd durch die Wüste von der engli- schen Polizei gefangen genommen. Am den Räuber zu täu- schen, verkleideten sich mehrere Polizeibeamte als Araber.

20 Leichen im amerikanischen Ueberflutungsgebiet geborgen. Der Washita-Fluß fällt jetzt langsam. Am Don- nerstag wurden die Leichen von 11 Farmerfrauen und -Kindern geborgen. Viele Personen werden noch vermisst. Weitere neun Leichen wurden im Nordwestteil von Wis- consin angepöht. Der Sachschaden dieser Gegend beträgt mehrere Millionen Dollar.

Brandunglück bei Forstbach. In Reßlein bei Forstbach brannten am Donnerstag ein Doppelwohnhaus und noch ein anderes Haus nieder. Eine Frau aus Eggerstried, die in einem dieser Häuser zu Besuch weilte, kam in den Flam- men ums Leben.

Der Sport vom Sonntag

Endspiele um die deutsche Meisterschaft

- Gruppe Südwest:
In Stuttgart: Union Böckingen — SV. Waldhof 2:4
In Köln: Mühlbeimer SV. — Offenbacher Kickers 4:4.
- Gruppe Mitte:
In Dresden: Dresdner SC. — Wacker Halle 7:2
In Tula: Borussia Tula — 1. FC. Nürnberg 1:2.
- Gruppe Ost:
In Berlin: Viktoria 89 Berlin — Viktoria Stollr 4:2
In Danzig: Preußen Danzig — Beuthen 09 1:4.
- Gruppe Nordwest:
In Dortmund: Schalke 04 — IVD. Eintracht 4:1
In Bremen: Werder Bremen — VfL. Wertheim 2:2.

Herausgeber und Verlag: Schönbucher und Zeitungsgesellschaft, Mühlbacher Straße 1, 7030 Calw. Druck: 5/3 3. 34. 16.

2—4-Zimmer-Wohnungen
mit Küche und Zubehör
preiswert zu vermieten.

Zu erfragen: Wildbad, König-Karl-Straße 19

Pension Rutesheim O.-A. Leonberg
am Wald gelegen, nimmt Erholungsbedürftige auf
Große Erfolge bei Nerven- u. Gemütsleiden
auch bei Lähmungen

Behandlung durch einen Magnetopathen
Fr. M. Horn.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Rohgewebe zum Selbsbleichen

Baumwolltuch	ungebleicht, bewährte Qualität, Meter	0,24
Baumwolltuch	ungebleicht, halbbare Qualität, gute Garne, 140 cm breit m. 0,45, 86 cm breit m. 0,29, 76 cm breit m.	0,26
Baumwolltuch	ungebleicht, dicke und schwere, starkfädige Strapazier-Qualität	
Breite	78 cm 86 cm 105 cm 123 cm 140 cm 160 cm 172 cm	
Meter	0,29 0,33 0,45 0,52 0,58 0,68 0,78	
Baumwolltuch	ungebleicht, beste, extrastarke Strapazier-Qualität	
Breite	78 cm 86 cm 105 cm 123 cm 140 cm 160 cm 172 cm	
Meter	0,38 0,42 0,58 0,65 0,75 0,85 0,95	

Ungebleichtes Baumwolltuch erhält durch mehrmaliges Waschen und Rasenbleiche ein besonders schönes Weiß. Je nach Dicke des Gewebes und Garnstärke eignet sich der Stoff für Leib- oder Bettwäsche.

Deshalb ist ungebleichtes Baumwolltuch bei der sparsamen Hausfrau besonders beliebt und geschätzt.

Die Maße geben die ungebleichten Breiten an.

Pensee

(Kochl.-Riesen-Alpengelähen)
Kapuziner (wohlriechende)
'Schnittlauch'

R. STIRNER

Abgabe im Garten Latenbergsstraße gegenüber dem „Röhlen Brunnen“

Benfion

in guter Lage
zu pachten gesucht
Angebote unter M. B. 100
an die Tagblattgeschäftsstelle.

Fremdenzimmer

Einrichtungen
(Schlafzimmer) gebrauch-
sowie einige Kisten und
einfache Betten wegen
Räumung äußerst billig
abzugeben.

Wildbad, König-Karl-Straße 19.

Sämtliche Druckerarbeiten
liefert schnell und preiswert die Tagblatt-Druck ere

